

Musikinstrumentenbau: Ersatz für Tropenhölzer und Blei gesucht

Der vogtländische Musikwinkel will traditionell verwendete Materialien ersetzen. Ein Bündnis arbeitet daran, die Branche fit für die Zukunft zu machen.

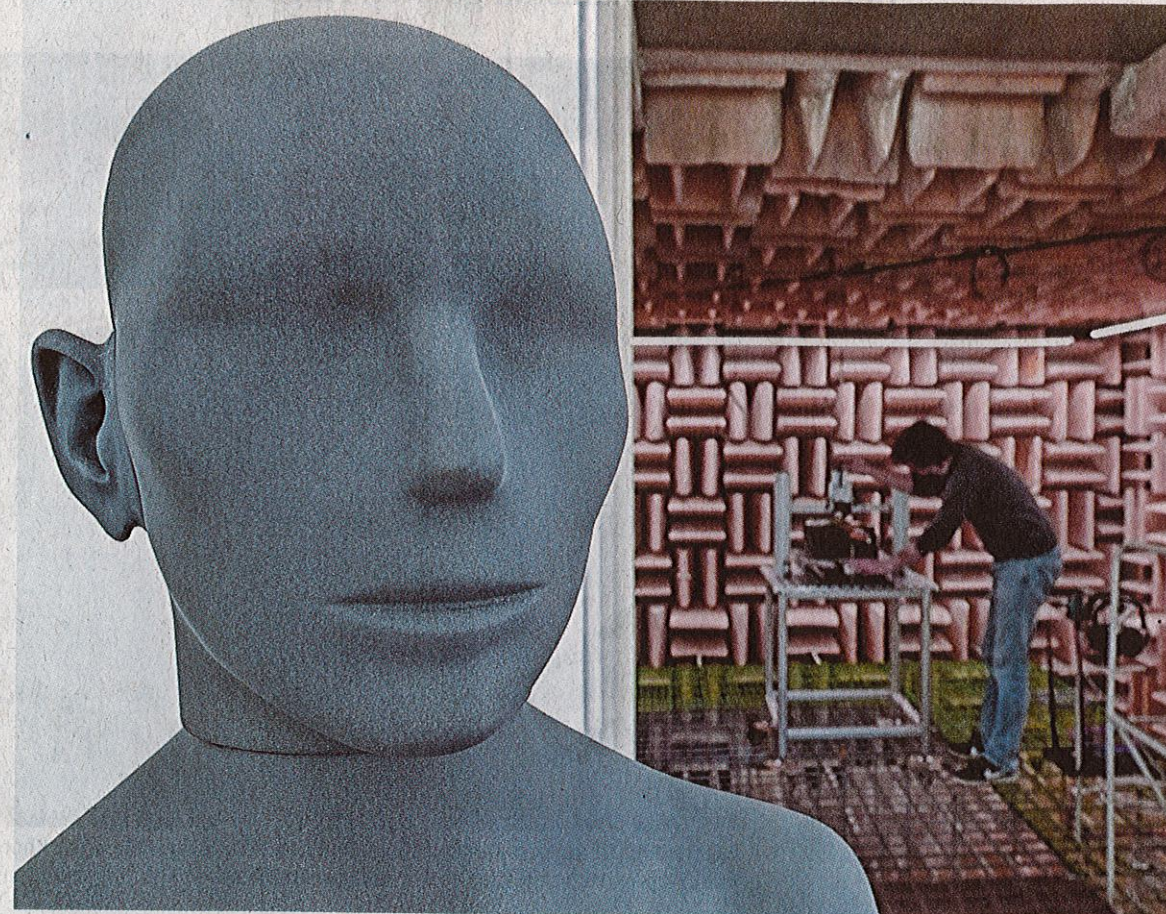
VON KATRIN MÄDLER

KLINGENTHAL – Gitarren ohne Tropenhölzer, Trompeten ohne Blei: Im vogtländischen Musikwinkel hofft man, zukünftig Instrumente ohne „Problem“-Materialien herstellen zu können. 14 Projekte beschäftigen sich derzeit mit der Frage, wie der Instrumentenbau zukunftsfähig gemacht werden kann, erklärt Erik Lenk vom Institut für Musikinstrumentenbau in Zwota. Denn junge Fachkräfte fehlen dem Handwerk, traditionell verwendete Materialien und neue Umweltaspekte machen Sorgen.

Das seit zwei Jahren aktive und bereits mit über vier Millionen Euro aus Bundesmitteln geförderte Bündnis „I-Ma-Tech“ koordiniert die aktuellen Ideen und Projekte. „Wir haben wichtige Protagonisten des Instrumentenbaus aus Sachsen zusammengeführt und halten nun Zwischenbilanz“, ergänzt Lenk. Das meiste Geld sei bisher in die Erforschung innovativer Materialien geflossen.

Durch die Teilnahme an dem Bundesprogramm „Wandel durch Innovation in der Region“ könnte neben der bisherigen Förderung noch einmal dieselbe Summe ab 2022 in Aussicht stehen, sagt Lenk als Mitarbeiter des Instituts, das die verschiedenen Schritte bei „I-Ma-Tech“ koordiniert. „Wir wollen die Entwicklung dieses wichtigen Industriezweiges in einer ländlichen Region weiter vorantreiben.“ Weitere Forschungen seien notwendig.

An der TU Dresden – einem Bündnispartner von „I-Ma-Tech“ – werde gerade an einem Ersatz für gefährdete Tropenhölzer geforscht, die traditionell für Holzblasinstrumente verwendet werden. Und an der TU Bergakademie Freiberg finde die Suche nach Alternativen für Metall-



Ein Kunstkopf für Messzwecke im Institut für Musikinstrumentenbau in Zwota. Das Institut betreibt industriennahe Forschung für den Musikinstrumentenbau in Deutschland. FOTO: HENDRIK SCHMIDT/DPA

„Immer mehr Bündnispartner unterstützen uns inzwischen.“

Erik Lenk Mitarbeiter des IfM Zota

blasinstrumentenbauer statt. Diese mussten bisher auf heute kritisch betrachtete Materialien wie Blei oder Nickel setzen.

Das Institut für Musikinstrumentenbau (IfM) – betrieben durch einen Verein – übernehme dann akustische Messungen zu den erforschten Materialien. Das IfM hat den Status eines An-Instituts der TU Dres-

den. Dabei sind die acht Mitarbeiter rechtlich selbstständig, arbeiten aber eng mit der Hochschule zusammen.

Die Forschungsergebnisse von „I-Ma-Tech“ sollen später der ganzen Branche zugutekommen, sagt Kerstin Voigt als Mitgründerin und Initiatorin. Denn die Coronakrise habe den Fachkräftemangel der Instrumentenbauer in der ländlichen Region noch verstärkt. „Es gibt noch weniger Bewerber, Vorstellungsgespräche und Praktika platzen“, ergänzt Voigt, die auch Geschäftsführerin von „Jürgen Voigt – Meisterwerkstatt für Metallblasinstrumente“ in Markneukirchen ist.

Deshalb setzen Einzelprojekte von „I-Ma-Tech“ laut Lenk auf neueste Methoden im Bereich neuronale Wissenschaften. An der Hochschule Zwickau werde an Marketingvideos mit Erkenntnissen zum Thema Eye-Tracking geforscht, um

Fachkräfte anzulocken. Dabei wird geschaut, worauf Werbekunden zuerst achten. Auch virtuelle Schüler-Praktika seien in Arbeit. „Immer mehr Bündnispartner unterstützen uns inzwischen“, ergänzt Lenk. Jüngst seien Handwerkskammern, Tourismusverbände und weitere Forschungseinrichtungen dazugekommen.

Die Branche leide unter einer anhaltenden Auftragschwäche, erklärt Voigt. Konzerte fielen aus oder fanden in abgespeckter Form statt. Nur wenige Musiker würden sich in einer solchen Lage ein hochwertiges Instrument neu kaufen. „Da sie in den letzten Monaten weniger gespielt haben, fallen auch weniger Reparaturen bei uns an.“ Trotzdem musste in den vergangenen Monaten keine der knapp 130 Werkstätten des Musikwinkels mit zusammen rund 2500 Beschäftigten aufgeben. |dpa

3G-Regel in Fernzügen: Noch herrscht keine Klarheit

Kanzlerin findet den Schritt sinnvoll – drei Ministerien sind dagegen

BERLIN – Bahnkunden bekommen vorerst keine schnelle Klarheit über mögliche neue Nachweispflichten zum Corona-Schutz in Fernzügen. In der Bundesregierung gibt es Streit über eine Einführung der sogenannten 3G-Regel auch für ICE und Intercity – also die Mitfahrt nur für Geimpfte, Genesene oder negativ Getestete mit entsprechendem Beleg. Drei unionsgeführte Ministerien machten erhebliche Bedenken geltend. Eine Durchsetzung wäre „praktisch nicht durchführbar“, heißt es in einem Papier des Verkehrs-, Gesundheits- und Innenressorts, das am Montag bekannt wurde. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hält 3G in Fernzügen aber weiter für eine „mögliche und sinnvolle Maßnahme“, wie Regierungssprecher Steffen Seibert sagte.

Die Regierung hatte in der vergangenen Woche mitgeteilt, 3G-Vorgaben für Fernzüge und Inlandsflüge zu prüfen, wie sie bereits für bestimmte Innenräume gelten. In dem Papier erläutern die drei Ministerien, Wesensmerkmal des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs sei der offene Zugang. Fahrgäste würden nicht beim Einstieg kontrolliert und müssten sich nirgendwo registrieren oder einen festen Sitzplatz reservieren. „Eine Kontrolle beim Einstieg ist aufgrund der kurzen Haltezeiten ausgeschlossen.“ Auch während der Fahrt finde weder im Fern- noch im Nahverkehr eine vollständige Ticketkontrolle statt. Wegen der Maskenpflicht im öffentlichen Personenverkehr sei das Infektionsrisiko gering.

Regierungssprecher Seibert verwies auf eine 3G-Regelung in Fernzügen in Frankreich, Italien plane sie ab Anfang September. Dort sei dies nicht unmöglich oder unkontrollierbar. „Insofern ist die Bundeskanzlerin weiter der Meinung, dass 3G in Fernzügen und auf Inlandsflügen eine mögliche und sinnvolle Maßnahme sein kann.“ Die Entwicklung der nächsten Zeit solle sehr genau beobachtet werden. |dpa